

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Nr. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierzeilige Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 252.

Freitag, den 27. Oktober 1905.

12. Jahrg.

Platz einer Beilage.

Klassenjustiz.

„Das Kriegsgericht in Posen verurteilte den Leutnant Kefow vom 56. Feldartillerieregiment, der in Bissa den Hausdiener Resch nachts bei einem Raufputz getödtet hatte, zu drei Wochen und einem Tag Gefängnis wegen fahrlässiger Tödtung.“

So melbten wir dieser Tage nach einem kurzen Telegramm. Um dieses Urteil in seiner ganzen Blöße würdigen zu können, sei der Tatbestand noch einmal rekapituliert. Der auf den Straßen Bissas zur Nachtzeit in betrunkenem Zustande umherstreichende Leutnant war von einigen jungen Reservisten gehänselt worden. Darauf hatte er seinen Säbel gezogen und blind um sich geschlagen. Was weiter geschah erzählte das „Bissas Tageblatt“ seiner Zeit so:

„Polizeikommissar Jagnac brachte den Betrunknen in seine in der Comeniusstraße belegene Wohnung. Kurze Zeit später erschien jedoch K. wieder auf der Straße, diesmal mit einer Doppelpistole bewaffnet. Im Nu entstand auch in der Comeniusstraße ein großer Menschenauflauf. Aufzune in Streit verwickelt, gab der Offizier zwei Schüsse aus seiner Pistole ab, wovon einer den Haushälter Joseph Resch tödtlich traf. Der Verwundete wurde sofort dem St. Josephs Krankenhaus zugeführt, wo er verstarb.“

Unserem Leipziger Parteiblatt wurde damals — es war in den letzten Septembertagen ds. Js. — noch folgendes von seinem Korrespondenten mitgeteilt: „Der „Gerr“ Leutnant wurde zur Beobachtung seines Geisteszustandes in das Lazarett gebracht, nachdem er zuvor einen Selbstmordversuch gemacht hatte. Um diese Maßnahme zu rechtfertigen, wird berichtet, daß er schon lange nicht mehr geistig normal sei und schon des öfteren ganz unglaubliche Taten vollführt hat. So ist er zum Beispiel schon früher einmal des nachts mit einem Gewehr auf den Balkon seiner Wohnung getreten, und hat auf Vorübergehende mehrere Schüsse abgegeben, die aber zum Glück niemandem verletzten. Von anderer Seite wird auch berichtet, die Tat als einen „unglücklichen Zufall“ hinzustellen, indem bei dem Versuch eines Zivilisten, dem Wüthen das Gewehr zu entreißen, der Schuß losgegangen sein soll, was jedoch ganz und gar nicht glaubhaft klingt, denn schon bei den ersten Ausstritten, wo v. K. mit seinem Säbel wild um sich schlug, hat er mehrere Personen schwer verletzt, ehe es gelang, ihm den Säbel zu entreißen. Auf jeden Fall aber ist es charakteristisch, daß ein derartig tödtlich schlagender Mensch, der noch dazu ein Trunkenbold ist, bis jetzt der Armee als Offizier angehören konnte. Wie mag der wohl mit seinen Untergebenen, den „Gemeinen“ umgesprungen sein!“

Jetzt ist nun das Urteil gefällt. Auf 22 Tage spaziert der unglückliche Herr Leutnant ins Gefängnis und möglicherweise hat man auch diese hörende „Strafe“ schon als durch die Untersuchungskommission ganz oder teilweise „verschütt“ erachtet. Das kurze Telegramm schweigt darüber.

Das Gericht muß den Leutnant für geistig normal angesehen haben, muß auch angenommen haben, daß seine freie Willensbestimmung durch die Trunkenheit nicht ausgeschlossen war — denn sonst hätte es den Halben von Bissa überhaupt nicht verurteilen dürfen. Und einen geistig normalen Menschen, der mit seinem Säbel mehrere schwere Verletzungen verübt und einen Menschen durch Hinterschüsse getödtet hat, verurteilt das Kriegsgericht zu — 22 Tagen Gefängnis! Aber er soll die Mordtat ja nur „fahrlässig“ verübt haben! Ach! Was „Fahrlässigkeit“ also ging der tapfere Krieger, nachdem der erste Krampf längst vorüber war, mit einer geladenen Pistole bewaffnet wieder aus seiner Wohnung heraus? Er muß bei diesem sonst so völlig unvollkommenen Verlassen seiner Wohnung mit der Waffe in der Hand die Absicht gehabt haben, für die vorher ihm, dem Trunkenen, zugefügten Händeleiten blutige Rache zu nehmen! Es muß also eine Absicht bei der Tat vorgelegen haben, und es ist ganz unverständlich, wie das Kriegsgericht zu der Annahme der „Fahrlässigkeit“ kam.

Und nun eine andere Frage: mit wie viel Jahren nicht Gefängnis, sondern Zuchthaus würde wohl ein „gemeiner“ Soldat bestraft worden sein, der bei einer ähnlichen Gelegenheit etwa zufällig einen Unteroffizier oder gar einen Leutnant getroffen hätte? Man denke an die im Vergleich zu der Bissas Affäre völlig harmlosen Rempelen zwischen Soldaten und Unteroffizieren im Dessauer, Heibelberger und Altonaer Falle, die die entsetzlichen, jahrelangen Zuchthausstrafen für die Soldaten zur Folge hatten! Ganz sechs Jahre Zuchthaus für einen Soldaten wurden da für Bagatelien ausgeworfen, für kleine Händeleiten, die

niemandem an Leib und Leben auch nur den geringsten Schaden zugefügt hatten — und hier: 22 Tage Gefängnis für eine Mordtat — von den schweren Verletzungen einmal ganz abgesehen!

Menschenleben, Zivilistenleben zumal, scheinen nicht sonderlich hoch im Range zu stehen bei den Militärbehörden in Posen!

Und sollen wir die von bürgerlichen Gerichten gefällten Urteile gegen „Majestätsbeleidiger“ zum Vergleich heranziehen? Für ein harmloses in der Trunkenheit geäußertes Scherzwort über Wilhelm II. steht es da die Zehnfache der Strafe, die hier für die Vernichtung eines Menschenlebens ausgeworfen wird! Sollen wir ins Gedächtnis zurückrufen das entsetzliche „Majestätsbeleidigungs“-urteil gegen unsern Genossen Schmidt in Magdeburg? Sollen wir an das Obdtauer Zuchthausurteil erinnern, wo 53 Jahre Zuchthaus, acht Jahre Gefängnis und zehn Jahre Streberlust gegen wackere Arbeiter deshalb verhängt wurden, weil sie — gleichfalls in der Trunkenheit — einen brutalen Polizeier, der sie mit einem Revolver bedroht hatte, in ihrer sehr berechtigten Enttäufung verprügelt hatten, ohne daß das „Opfer“ dabei auch nur im mindesten zu Schaden gekommen wäre?

Gezug der Beispiele! Bissa auf der einen, Heibelberg, Altona, Dessau, Magdeburg, Obdtau auf der andern Seite: das illustriert den Klassencharakter unserer Justiz, mag sie nun Zivil- oder Militärjustiz heißen, aufs grellste, aber auch aufs treffendste.

Diesem Klassencharakter unserer „Justiz“ gilt der Kampf der Sozialdemokratie. Der Kampf gegen die Klassenjustiz aber muß, soll er nicht zur etyrischen Phrase werden, ausmünden in den Kampf gegen den Klassenstaat, von dessen Bekämpfungsformen sie nur eine, wenn auch vielleicht die charakteristischste ist. Und der Kampf gegen den Klassenstaat ist gleichbedeutend mit dem Kampf gegen die Wurzel des Übels — die kapitalistische Produktionsweise.

Politischer Rückblick.

Der Thronfolgestreit in Lippe ist enttoben und zwar zu Gunsten der Vesterfelder. Das vom Reichsgericht in Lippe erwartete Schiedsgericht hat gestern in geheimer Sitzung den Anträgen der Vesterfelder Linie in allen Teilen stattgegeben und seinen Spruch dahin erkannt, daß der Grafregent erbfolgeberechtigt ist. Hinterer wird als Leopold III., Fürst zu Lippe, am heutigen Donnerstag in einer Proklamation dem lippeischen Volke die Übernahme des Fürstentums Lippe kundtun. Ob das Volk damit einverstanden ist, ist bekanntlich schnuppe. Dieses hat nur Steuern zur Erhaltung „seiner“ Herrschaft zu zahlen und im Uebrigen den Mund zu halten. — Die Befürchtung, daß vielleicht ob dieses Entschides ein blutiger Krieg zwischen den Vesterfeldern und Schaumburgern entstehen könnte, ist allsicherweise nicht berechtigt. Der Schaumburger Fürst Georg hat an seinen Nebenbuhler folgendes „Friedenstelegramm“ geschickt: „An den Grafregenten Leopold zur Lippe. Popzdorn, Detmold. Sorgen erhalte ich die Absicht, daß das Schiedsgericht zu Ihren Gunsten entschieden hat. Da ich von dem Recht meines Hauses ebenso überzeugt war wie Euer Erlaucht von dem des Jirgen, mußte ich auf die richterliche Entscheidung dringen. Nachdem diese zu Ihren Gunsten ausgefallen ist, will ich der Erste sein, der Euer Erlaucht zu diesem Ausgang Glück wünscht und der Hoffnung Ausdruck gibt, daß Ihre Regierung unserem gemeinsamen Stammlande zum Segen gereichen möge. Georg.“ — Mein Vetter, was willst du noch mehr?

Ein Stichwahl-Kompromiß ist, wie gestern schon kurz berichtet, in Baden zwischen dem Bloc und unsern Genossen zustande gekommen. Es liegt bereits ein entsprechender Antrag der vereinigten liberalen Parteien vor. Nach dem Kompromiß sollen in fünf namhaft aufgeführten Kreisen, Freiburg-Stadt II, Durlach-Eitlingen-Pforzheim, Bruchsal-Durlach, Heibelberg-Wiesloch, Mannheim-Land, die Wähler des Blocs für die sozialdemokratischen Kandidaten, in den zwölf Kreisen, Meßkirch-Stodach, Egen-Donauerschingen, Freiburg-Stadt III, Erbrugg-Wirgen-Wolfach, Bahr-Land, Offenbach-Stadt, Baden-Stadt, Rastatt-Stadt, Bretten-Bruchsal, Schwellingen, Eppingen-Sinsheim-Wiesloch, Sinsheim, die Sozialdemokraten für die Blockandidaten stimmen, während in den Kreisen Brrach-Stadt, Karlsruhe-Bad, Karlsruhe-Stadt I, Karlsruhe-Stadt III, Karlsruhe IV, Durlach-Stadt der Kampf zwischen Sozialdemokraten und Blocpartei ausgefochten wird. Solche Kompromisse haben immer etwas Mißliches, zumal für die Sozialdemokratie, die dabei in den meisten Fällen auch noch übers Ohr gebauen wird, weil die liberalen Parteien selten so viel Einfluß auf ihre Wähler haben, daß diese der ausgegebenen Parole auch nur einigermaßen vollständig folgen. In der Regel sind die liberalen Wähler viel zu feig, für Sozialdemokraten zu stimmen; sie folgen mehr ihrem arbeitersüchtigen Klasseninstinkt als dem Erwägungen politischer Klugheit. Von jenen der

Sozialdemokratie werden dagegen etwelmal abgeschlossene Vereinbarungen fast ausnahmslos auch eingehellig befolgt. Die Folge ist, daß in der Regel die bürgerlichen Parteien viel mehr Nutzen von solchen Kompromissen haben als die Sozialdemokratie. Die Situation ist aber durch die am 19. d. M. vollzogenen Wahlen in Baden eine derartige geworden, daß unsere badischen Genossen kaum anders handeln konnten, als sie getan haben. Das Zentrum hat bereits 28 Sitze von 73 erobert; es fehlen ihm nur noch 9, um die absolute Mehrheit in der Kammer zu erlangen. Das zu verhindern, liegt auch im Interesse der Sozialdemokratie. Bleiben aber in den Stichwahlen Bloc und Sozialdemokratie jeder für sich allein, so würde ernstlich mit der Möglichkeit gerechnet werden müssen, daß das Zentrum noch die erforderlichen 9 Sitze hinzugewinnt. Wird dies durch das Kompromiß vereitelt, so wird dagegen die auf vielleicht 10 bis 12 Köpfe anwachsende sozialdemokratische Fraktion des Landtages das Jünglein an der Waage. Die beiden Stichwahlen in Freiburg finden schon am Freitag statt; einen Tag früher als die übrigen Wahlen, was in politischen Kreisen als eine Rücksichtslosigkeit bezeichnet wird. Der Karlsruhe' Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ meint diesbezüglich: „Abgesehen von der Verkürzung der Wahltagation, kann der Ausfall dieser Wahlen, wo Bloc und Sozialdemokratie gegen Zentrum stehen, zu Parteikomplikationen schmerzlicher Art führen, welche die folgenden Stichwahlen beeinflussen können.“ — Das wäre immerhin möglich. Da in dem einen Freiburger Kreis der Bloc die Sozialdemokratie, im anderen umgekehrt die Sozialdemokratie den Bloc unterliegen soll, können die beiden Wahlen zu einer Probe auf das Exempel werden, wonach man sich eventuell Sonnabend richten kann.

Von der Fleischnot im ober-sächsischen Industriebezirk schreibt man dem „Vorwärts“: Bei dem Städtchen Myslowitz im Ratow' Kreis, dort, wo die drei Kaiserreiche Deutschland, Oesterreich und Rußland mit ihren Grenzen zusammentreffen und die berühmte „Drei Kaiserreiche-Ecke“ bilden, führt eine hölzerne Treppe über den Grenzfluß Brzema in das russische Grenzstädtchen Mordziejow. Dort herrscht gegenwärtig ein eigenartiges buntembewegtes Treiben. Tag für Tag ziehen in großen Scharen Männer, Frauen und Kinder von Myslowitz her über die Mordziejower Brücke in die Stadt Mordziejow, um dort Fleisch und Mehl einzukaufen und dann zurück nach Myslowitz und in den Heimatort zu wandern. Die Leute, in ihrer großen Mehrzahl Frauen und Mädchen, kommen von weit her, aus zahlreichen Orten des Myslowitzer und Ratow'ischer Bezirks, um drüben billigeres Fleisch zu kaufen, das im ober-sächsischen Industriebezirk nur zu unerschwinglichen Preisen zu haben ist. An Lohn- und Vorkaufstagen — die ober-sächsischen Guben- und Güttenbarone zahlen ihren „Händen“ am Essen des Monats einen Teil des im vergangenen Monat verdienten Lohnes und nehmen das noch „Vorkauf“ geben und den Rest am 15. des neuen Monats — also an Lohn- und Vorkaufstagen zieht den ganzen Tag ein ununterbrochener Strom von Menschen über die Brücke hin und her, oft mehr wie zehn auf jeder Person! Mehrere preussische Beamte haben unausgesehen mit dem Ausstellen der Grenzpassierscheine zu tun. Natürlich mühen die Geschäftsleute drüben die Situation nach Kräften aus. Das Schweinefleisch ist so teuer wie nie zuvor, es kostet pro Pfund (400 Gramm nach russischem Gewicht) 60 Pfg.; ist also immerhin noch erheblich billiger wie im neueren Vaterlande, und das zieht die Armen über die Grenze. Die übermüht gewordenen russisch-polnischen Fleischer und Händler erlauben sich die roteste Behandlung der zahllosen proletarischen Käuferinnen, die sie oft mit den gemächsten Schimpfwörtern regieren. In dem Gedränge in den Fleischläden an den Grenzübergängen und auf der Brücke treiben Taschendiebe ihr recht ertragreiches Handwerk. Kommen die Käufer mit ihren Fleischpaketen und Fleischbäcken beladen zur preussischen Zollabfertigung zurück, so warten ihrer hier neue Annehmlichkeiten. Von den wenigen von der Arbeit fast erdrückten und daher verbös gewordenen Beamten werden sie barock angefahren, hin- und hergeschoben und müssen sich Disputationen der Kleidung und des Körpers gefallen lassen, die für weibliche Personen entwürdigend sind. Alle Augenblicke wird denn auch Konterbande entdeckt, meist Fleisch, das über das erlaubte Maß hinaus von den Frauen unter den Kleidern eingeschmuggelt werden soll. Da wandern denn große Massen beschlagener Fleisch in den Gasanstaltsgefängnis der Stadt Myslowitz. Die armen Ertrappten aber gehen betrübt und beschämt ohne Fleisch wieder nach Hause, wo man sich schon auf den jetzt so kostspieligen und seltenen Genuß eines Stückchen Fleisches gefreut hatte.

Die Reichsfinanzreform. Wie die „Kölnische Zeitung“ berichtet, wurden in den Bundesratsausschüssen im allgemeinen die Vorschläge des Reichstages angenommen. In die Vorlage haben Aufnahme gefunden: Eine Reichserbschaftsteuer und eine Erweiterung der Tabak- und Braupsteuer

sowie der Reichstempelabgaben. Bei der Reichserbschaftsteuer ist auf möglichste Schonung der bisherigen Einnahmequelle der Einzelstaaten, die bis jetzt sämtlich, außer Baden, schon eine Erbschaftsteuer hatten, besonders in der Übergangszeit Rücksicht genommen. Die Defizienten und Ehegatten sind von der Steuer ausgenommen; da die Erbschaftsteuer bisher in den Einzelstaaten meist nur mangelhaft ausgebildet war, könnte man bei aller Schonung der Einzelstaaten und bei Rücksicht auf die Defizienten und Ehegatten für das Reich eine beträchtliche Einnahme aus der Reichserbschaftsteuer in Aussicht bringen. Eine Ueberstimmung Preussens in der Erbschaftsteuer hat nicht stattgefunden. Für die Erhebung der Tabaksteuer hat man wieder das Monopol nach der Form der Fabriksteuer gewählt, sondern in möglichst niedriger Form an die jährliche Form der Tabaksteuer die besseren Tabake und Zigarren für die Provinzen heranzuziehen. Die Brauerei erfährt eine erhebliche Erhöhung, aber unter Schonung der Leichtereren, als Mäßigung der ärmeren Volksschichten anzusehenden Biere. Die Erhöhung des Ertrages der Reichstempelabgaben soll durch eine Novelle zum Reichstempelgesetz erreicht werden. Der Kaiser fährt fort, durch die Vorlage solle auch eine regelmäßige Tilgung der Reichsschulden ermöglicht, soz. auch die Regierung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten in der Richtung herbeigeführt werden, daß die Einzelstaaten einer unbegrenzten Staatsverschuldung mit Materialbeiträgen nicht mehr ausgesetzt sind. Nach der eine weitere Erleichterung des Staatsschulden von der Ausgabe befreit sein, die über dessen eigentlichen Stiftungszweck hinaus durch spätere Gesetze ihm auferlegt worden sind. Wenn die Reichssteuer nicht in die Vorlage mit aufgenommen wurde, so kann man wohl eine Erklärung hierfür darin finden, daß die eifrigsten Vertreter dies Ertrags von vornherein für besondere Zwecke festgelegt haben wollen. Zur Aufbesserung der Reichsschulden haben sie daher nicht geirrt und pagte deshalb nicht in den Rahmen der Reichsschulden. Man wird die nicht aus Gründen der Ungleichheit der Gerechtigkeit genügend gerechtfertigte Reichssteuer daher als Zwecksteuer einer späteren besonderen Vorlage überlassen können. Der Umfang der Vorlage erklärt sich dadurch, daß nach Lage der Verhältnisse, wenn man die vorgezeichneten Ziele erreichen will, zurzeit mit einem Bedarfsbedarf von 150 bis 200 Millionen zu rechnen ist und daß dieser Bedarf weiter steigende Tendenz hat. — Nach diesen Ausführungen sollte ja die schwachen Schulden nicht mehr belastet werden. Wir reden aber mehrere Seiten, dieses gemäß schonen Worten nicht allzuviel Standen zu schenken. Das dicke Ende kommt nach!

Die mysteriösen Teufelkonten vor Gericht. Da Staatsanwalt des Amberg, Freiherr v. Nitzsch, hat gegen das „Berliner Tageblatt“ Klage erhoben wegen Verleumdung des ihm unterstellten Herrn Stübel. Von einer Klage des Herrn v. Nitzsch aber hört man nichts...

Norwegen.

Wird man das Volk fragen? Die dänische Regierung und das Reichshaus haben eine Abstimmung des norwegischen Volkes zur Bedingung des Thronkandidaten des Prinzen Karl gemacht haben. Die Kopysagen „Nationalisten“ glaubt richtig unterrichtet darüber zu sein, daß dies das Ergebnis der langen Regierungskonferenz ist, die in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag stattfand. Die Abstimmung soll sich lediglich darauf erstrecken, wie weit die Mehrheit des norwegischen Volkes für den Prinzen Karl als König eingenommen ist. Eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht liegt zwar noch nicht vor, doch sind sie sowohl in Norwegen wie in Schweden für zutreffend gehalten, und es ist nicht ja auch durchaus nicht unglücklich. Sagt es doch im eigenen Interesse: Karl und der ganze Familie, daß man sich vorher genau erkundigt, ob die Stellung in Norwegen auch eine passende ist und nicht vielleicht allzu unbehaglich, und ob der eigentliche Anknüpfungspunkt nicht das Bedürfnis empfand, diesen überflüssigen Boden nun zu befreien. Die Art, wie die Regierung mit dem alten Kaiser fertig geworden sind, mag wohl auch als wunderbares Beispiel dienen. Den norwegischen Monarchen ist hauptsächlich der dänische Reichstag nach einer 20-jährigen Abwesenheit eine willkommene Ueberweisung. Ja man doch wie überhaupt wird, im National-Exterieur schon dabei drei Hauptprobleme zum Gegenstand haben: einigmaßen! Nun wird sich wahrscheinlich die gesamte Linie des Beschlusses dem dänischen Reichstag anzuwenden, als dem ausführenden, und darauf richtet auch die Werbung hin, wobei die prinzipiellen Gedanken, die von Antrag auf Verzichtnahme, heißt, ist in der Entscheidung, damit einverstanden erklären, daß der Antrag später, und zwar zugleich mit dem in letzterem Augenblicke vor der Regierung zu erwerbenden Antrage beraten werde.

Der Antrag in „Wergensladets“ Sonntags, nachher läßt sich ablesen, wie man trotz einer Verleumdung des Volk mit der Wahrheit beitragen kann. Das Wort lautet: „Das Prinzip Karl, wenn Norwegen von einem und zum Nutzen des Reiches als gültige Bedingung ist, so ist es ein überaus wichtiger Punkt. Stimmte ab, ja, ganz ohne Gegenstand ist es, ist es natürlich. Es wäre ein Problem, ist es, ist es natürlich, das werden auch keine Republiken...“ — Das norwegische Reichshaus ist sich der Sache offenbar so, daß der Antrag auf Verzichtnahme der Monarchie besteht, ist und kann dem Volk nicht als die Königs- wahl vorkommen.

Das Schicksal für den neuen König ist bekanntlich schon im neuen Budgetentwurf angedeutet und zwar mit 750 000 Kr. Das Jahr 1901 hat der Budgetentwurf dem Reich keine nennenswerten Uebertragungen. Eine neue Säublung der Finanzen von 1. Juni pro 1901, also 100 bis 150 Prozent des Reichsbedarfs, soll 500 000 Kr. ergeben. Dieses Summe soll die Staatsschulden ergeben mit 600 000 Kr. sollen durch erhöhte Steuern abgedeckt werden. Die Staatsschulden des Budgetentwurfs ist 340 000 Kr.

Das Verbot der geheimen Sitzung ist bei der Tagesordnung nach der Sitzung der 10. Sitzungstag, betreffen die Verleumdung...

über die zukünftige Staatsreform. Da die Regierung, wie verlautet, einen Vorschlag in dieser Angelegenheit anknüpft, wurde die Beratung bis Freitag ausgesetzt.

Rußland.

Zur sozialdemokratischen Bewegung. In Rußland hat eine wichtige Konferenz der sozialdemokratischen Organisationen stattgefunden, auf welcher die Frage der Taktik in bezug auf die Duma erörtert wurde. In der Konferenz waren die zentralen Komitees folgender Organisationen vertreten: 1. der beiden Fraktionen der sozialdemokratischen Partei Rußlands, 2. des „Bundes“, 3. der Sozialdemokratischen Partei und 4. der Sozialisten und 5. der ukrainischen Partei. Alle Organisationen, mit Ausnahme der Sozialisten (Niederpartei der sozialdemokratischen Partei Rußland), haben einen Beschluß des aktiven Boykotts der Duma gefaßt. Dieser Beschluß wurde nachträglich von der armenischen sozialdemokratischen Organisation akzeptiert; letztere war verhindert, an der Konferenz teilzunehmen.

Die Revolution. Mit lawinenartiger Gewalt greift hier in Moskau angedrohter Streik der Eisenbahnangestellten um sich. Von Moskau ist es nach Petersburg übertragen worden. Von dort meldet ein Telegramm: Eine Versammlung von Eisenbahnangestellten, die in der Universitätsstraße abgehalten wurde und von 15 000 Personen besucht war, beschloß den allgemeinen Ausfall vom 25. des Monats, ab auf allen in Petersburg vorhandenen Eisenbahnen. Infolge dieses Beschlusses wurden die diplomatischen Vertretungen amtlich benachrichtigt, daß die Postämter die Verantwortung selbst für eingehende Briefe und Verbindungen für die Dauer des Eisenbahnstreiks ablehnen müssen.

Aus allen Teilen des Reiches kommen Nachrichten, daß der Eisenbahnstreik eingeleitet ist. Die schwerwiegenden Folgen, die diese allgemeine Verkehrshemmung auf Handel und Wandel, vor allem auch auf die Exportindustrie der großen Städte ausübt, lassen sich zurzeit noch nicht übersehen. Daß der Ausfall auf die weitere Entwicklung der inneren Verhältnisse großen Einfluß ausüben wird, steht schon jetzt fest. Ein Dienstag in Petersburg abgehaltener Kongress von Delegierten der Eisenbahnangestellten beschloß, unverzüglich an den Verkehrsminister und an den Präsidenten des Ministerkomitees zwei Deputationen zu entsenden, die ihnen folgende Vorstellungen unterbreiten sollen: Die Delegierten sind die wahren Vertreter der Forderungen der Eisenbahnangestellten und Personal. Die Zeiten sind vorüber, wo Entscheidungen über Fragen von vitaler Bedeutung auf dem Verwaltungsweg entschieden werden konnten, und alle Forderungen der arbeitenden Klassen müssen durch Gesetz geregelt werden, die mit dem Willen des Volkes gegeben und von ganz Rußland genehmigt sind. Es gibt nur eine einzige Lösung: Sofortige Erklärung der politischen Garantien und Freiheiten und Einberufung einer auf dem Wege der allgemeinen und direkten Wahlrechts gewählten konstituierenden Versammlung. Das Land darf nicht zur bewaffneten Revolution getrieben, und es darf kein neues Blutvergießen gestattet werden. Das Volk hat genug Blut in der Kanalisation und ist in allen Städten, Dörfern und Dörfern Rußlands gepörrt. Wenn an dem Rechte der Delegierten, sich Vertreterin des gesamten Eisenbahnpersonals zu nennen, gezweifelt wird, so behält die Delegation sich das Recht vor, ihre Auftraggeber über die Mittel zur Erreichung einer besseren Zukunft zu belehren.

Die Deputation trat den Verkehrsminister nicht an, wohl aber Witte. Dieser bemerkte, die Delegationen müßten sich für die Forderungen, die auch in jedem anderen Lande machbar sind, aber viele verdienen die Aufmerksamkeit. Er sprach sich an erster Stelle gegen eine konstituierende Versammlung aus, die gegenwärtig unmöglich sei. Dies wiederholte er mehrere Male und ließ anerkennen, daß er eine allgemeine Stimmentziehung der Eisenbahnen ein Ubergewicht durch die Mehrheit des Stimmens (1) es sei daher durchaus nicht ohne Gefahr. Der Gedanke des allgemeinen Stimmrechts ist ihm offenbar nicht von einem wesentlichen Bedürfnisse der Eisenbahnen ausgeht. Witte erklärte weiter, er ertrane die Versammlung, und Pressefreiheit zu, die sehr bald zugelassen (warum nicht gleich?) werden würden. Er sei überrascht, zu erfahren, daß der Kriegsminister auf den Eisenbahnen noch nicht außer Kraft gelte. Dies sei ein Widerspruch, das in den nächsten Tagen abgeklärt werde. Weiter erklärte Witte sich als Gegner aller Drucks und Blutvergießens und als Befürworter der wahren Freiheit, aber er könne nicht vorhersehen, wie man dem Ausfall ein Ende setzen werde. Er werde mit Gifflow konferieren und sein möglichstes tun; seiner Meinung nach müßte der Ausfall eingeleitet und dann nötigen friedfertigen Bedingungen nachgegeben werden.

Die Delegierten betonten mit Recht, daß man der Arbeiterschaft nicht helfen wolle. Die Beschlüsse der Delegation, zunächst den Erfolg der Unternehmung mit dem Verkehrsminister abzuwarten. — Der Vorsitzende der Deputation muß die Antwort gegeben werden, daß die Delegation nicht richtig erachtet, und charakterisiert haben. Das alles beschloß, die Streikenden einzuschließen und mit klaren Worten abzugeben. Daß ihm dies gestanden wird, erklärte er sich des rapiden Abwärtens der Bewegung und der Gefahr für die Eisenbahnen bewußt. Es ist das schon wieder zu blutigen Kämpfen gekommen!

Die kritische Lage läßt sich in folgenden Moskaus Telegramm vom 24. Oktober erkennen: Von dem Minister der Eisenbahnen sind bis jetzt folgende Städte betroffen worden: Simbirsk, Jekaterinburg, Kiew, Smolensk, Warschau, Sankt Petersburg, Sankt Petersburg, Jaroslavl, Kiew, Kiew. Heute mittag näherte sich eine aus 500 Personen bestehende Volksmenge der Station des Eisenbahnhofs der Sankt Petersburg-Karl. Der Offizier, der den Befehl über die Truppen-Abteilung führte, die den Bahnhof besetzt hielt, drohte, auf die Menge loszugehen. Darauf geschrieen sich die Volksmenge...

Auf der Linie Moskau—Wladimir—Kijew gelangte der Eisenbahnzug nur bis zu der Station Podwolokolno, von wo die Reisenden zu Fuß nach Moskau gehen mußten. Auf der Bahnlinie Moskau—Kasan warten 2000 Personen auf die Abfahrt derzüge, zum größten Teil arme Leute. Von der Verwaltung der Linie erhalten sie eine tägliche Entschädigung zum Lebensunterhalt. Die Reisenden zweiter Klasse erhalten ein tägliches Brotgeld von 1 Rubel. Auf der Linie Moskau—Petersburg traf heute nacht nur ein Sonderzug mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten ein, sonst verkehren keine Züge. Heute verjagte eine Anzahl Unzufriedene den Betrieb des Hauptpostamtes einzustellen, wurde aber durch die Truppen auseinandergetrieben. Die Apothekenbesitzer hielten eine Versammlung ab und beschloßen, alle Apotheken zu schließen und die Herstellung von Medikamenten zu verweigern und sich des Angefallenen der Apotheken anzuschließen, um politische Reformen und Forderungen zu verlangen. Ein Kongress von Vertretern der sozialdemokratischen Partei beschloß, in ganz Rußland Lokalkomitees zum Zwecke eines gleichmäßigen Vorgehens zu errichten.

Aus Sankt Petersburg meldet der Telegraph: Post und Telegraph sind militärisch bewacht; die Truppen feuerten. Nach dem Koffen eine Anwesenheit von Schülern mit Magazinen zerstreut hatten, sammelte sich beim Stadthaus eine tausendköpfige Menge an. Als Truppen erschienen, schritt die Menge zur Errichtung von Barrikaden. Die Truppen gaben eine Salve ab. Eine Anzahl Personen wurde getötet oder verwundet. Gleichzeitig feuerten Truppen am anderen Ende der Stadt beim Puschkin-Denkmal auf ausländische Eisenbahnarbeiter und töteten drei von ihnen. Neun Eisenbahnarbeiter wurden verwundet.

In einer großen Anzahl Städte sind Sympathiekreise ausgebrochen. In Lodz und Umgegend streiken 40 000 Arbeiter.

In Moskau kam es Dienstag zu heftigen Straßenkämpfen; der Streik greift immer weiter um sich. Da die Wasserwerke verdorben sind, ist Moskau ohne Wasser. Die Lage ist ernst. Wie ferner aus Moskau gemeldet wird, kam es dort gestern zu einem ersten Zusammenstoß zwischen Militär und der Menge. Ein aus 500 Personen bestehender Volkshaufen näherte sich der Station des Güterbahnhofs der Linie Moskau-Kurl. Der Offizier, den den Befehl über die Truppenabteilung führte, die den Bahnhof besetzt hielt, drohte, auf die Menge feuern zu lassen. Hierauf zerstreute sich die Menge.

Serbien.

Zu großen Vorkäufen kam es Dienstag in der Skupstina. Der Nationalist Ribaritsch hatte gegen die Behauptung der Regierung, daß die Beziehungen Serbiens zu den fremden Staaten korrekt seien, protestiert. Hierauf erwiderte der Minister, die Regierung sehe keine Veranlassung, die bisherige Richtung der äußeren Politik zu ändern. Bezüglich Englands bedauere er gewiß jedermann in Serbien den Mangel der normalen Beziehungen mit diesem Lande. Eine Änderung in dieser Hinsicht sei nur herbeizuführen, wenn man der Regierung die nötige Zeit und Ruhe lasse. Der Minister wandte sich sodann gegen den Vorwurf der Serbilität gegenüber Oesterreich-Ungarn. Ebenso unbegründet seien die Angriffe gegen die Regierung wegen ihrer Erklärung bezüglich des serbisch-türkischen Grenzkonflikts. Serbien könne nur bei friedlichem Verhalten auf die Sympathien Europas rechnen. Auf einen Aufruf Ribaritschs erklärte der Minister nochmals, daß der Regierung die Ursache des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen mit England nicht bekannt seien. Während der darauf folgenden Rede des Fortschrittlers Nikolajewitsch kam es zu großen Vorkäufen, als Redner von der einzigen Gruppe mit dem Blute des Herrschers besetzter Offiziere sprach. Der Vorkauf erneuerte sich, als Nikolajewitsch erklärte, Serbien habe sich durch das Ereignis vom 11. Juni 1903 in der Auffassung der Begriffe über Moral von ganz Europa losgetrennt. Nikolajewitsch rief: „Alles umsonst, Serbien muß zur Auffassung Europas zurück!“ Infolge des anhaltenden Vorkaufs erklärte Nikolajewitsch, er werde ein anderes Mal darauf zurückkommen. Eine äußere Politik existiere seit dem 11. Juni 1903 überhaupt nicht, ebenso trübsal sei seitdem die innere Lage; von Verfassungsmäßigkeit könnte keine Rede sein. Aus der inneren Lage erklärte sich auch der Abbruch der Beziehungen mit England.

Holland.

Folgen der Kolonialpolitik. Nach einer amtlichen Mitteilung sind die von Parapara (Celebes) aus vorgegangene Truppenabteilung auf dem Rückmarsch nach Duru-Koloff auf eine feindliche, ungeschickte vom Jücker von Dori besetzte Stellung. Die Kolonne nahm die Stellung. Der Feind hatte 39 Tote; diesseits wurden ein Europäer und neun Eingeborenen-Soldaten verwundet und zwei getötet. Die Verfolgung des Feindes von Dori dauert an.

Spanien.

Anarchistenhaß. Aus Madrid wird Baiter Blätter telegraphiert, daß Dienstagabend auf dem Theaterplatz zwei Anarchisten, der Franzose Co-baller und ein Spanier, auf Veranlassung des dem französischen Konsulats in Barcelona zugewandten Geheimpolitikers verhaftet worden seien. Es heißt, daß die Verhafteten weder Waffen noch Bomben bei sich trugen. Nach einer anderen Blättermeldung soll einer der festgenommenen Anarchisten ein Schwäger namens Combaister sein.

Städtische Nachrichten.

Donnerstag, den 26. Oktober.
Achtung, Zimmerer! Ueber den städtischen Wasserbauplatz wurde die Sperre verhängt.

will die Verwaltung es ablehnt, den tarifmäßigen Lohn zu bezahlen.

Der Zugang von handwerklichen Arbeitern nach Lübeck ist infolge großen Angebots von einheimischen Arbeitskräften vorläufig noch fernzuhalten.

Die Bürgerkandidaten des Vaterstädtischen Vereins. Der Vaterstädtische Verein beginnt in dieser Woche mit seinen Quartiersversammlungen, in denen die definitiven Kandidatenlisten aufgestellt werden. Die Vertrauensmännerverfammlungen der einzelnen Quartiere unterbreiten den Quartiersversammlungen nach der „St.-Stg.“ folgende Vorschlagslisten: Marien-Quartier: Prof. Dr. Müller, Kaufmann H. Gosh, Kaufmann Haufohl, Fabrikant Aug. Bape, Gerichtsschreiber Schorer, Privatier G. Meeths, Lehrer Dühning und Apotheker Mählam. Johannis-Quartier: Prof. Dr. Gausberg, Kaufmann Jul. Gahr, Buchhändler H. Dwigow, Goldschmied W. Wachwald, Buchdruckerbesitzer Ch. Coleman, Maurermeister Stender und Oberpostassistent Klein. Jacobi-Quartier: Rechtsanwalt Dr. Gditz, Landrichter Dr. Dienau, Präses Kabe, Kaufmann Lüders, Kaufmann Siemssen, Architekt Sartori und Maurermeister P. Schulz. Marien-Magdalenen-Quartier: Dr. med. Eichenburg, Konsul Dimpler, Kaufmann Max Jenne, Kaufmann H. Frenzap, Prototypist J. Schwabrock, Kaufmann Carl Ritter, Schlossermeister Stallbaum und Hauptlehrer Hempel. — Wenn diese Liste richtig ist und Annahme findet, so dürfte eine Anzahl von erfüllbaren „Vollstvertretern“ den Bürgerkandidaten in Zukunft zu meiden haben, u. a. Herr Meyer, Petri, Wilms, Buhrmann. Es soll damit nicht gesagt sein, daß man jene Herren nicht vermissen wird. Bemerkenswert ist es aber, daß Herr Aug. Bape Gnade vor den Augen der Vaterstädtischen gefunden hat, während sein Genossenschaftsgenosse Herr Heise abgefallen ist. Dafür enthält die Liste jedoch die Namen mehrerer Nationalsozialer. Die Liste der Gewervereinskandidaten und diejenige der Mittelstandsvereingung hat anscheinend den Vaterstädtischen wenig imponiert, denn sie ist nicht berücksichtigt worden.

Der alte Schwindel, daß bei den oldenburgischen Landtagswahlen im Fürstentum Lübeck die Nationalsozialen von ihren sozialdemokratischen Bundesgenossen hineingelegt seien, wird vom „Landboten“ nach der „Freis. Stg.“ wiederbelegt. Wir verweisen demgegenüber auf die objektive Darstellung dieser Angelegenheit in Nr. 247 u. Bl. und überlassen unsern Lesern das Urteil über die Handlungsweise des freisinnigen Blattes.

Mit der Theaterfrage beschäftigte sich gestern wieder einmal der Bürgerausschuß. Dr. W. i. c. h. a. n. n. beantragte: Da sowohl von Seiten des Senates wie der Bürgerkammer allseitig anerkannt ist, daß möglichst schnelle Herstellung eines neuen Theaters für Lübeck von höchster Bedeutung ist, richtet der Bürgerausschuß an den Senat das Ersuchen, auch seinerseits dem Beschlusse der Bürgerkammer vom 9. ds. Mts. beizutreten, und baldmöglichst eine neue, gründlich vorbereitete Vorlage für den Theaterneubau zur Beratung und Mitgenehmigung an die Bürgerkammer gelangen zu lassen. Der Bürgerausschuß beschloß dieses Ersuchen an den Senat zu richten. — Weiter verlas der Vorsitzende G. d. A. b. e. eine an den Bürgerausschuß gerichtete Eingabe von H. N. e. b. e. r. a. n. n., Walmstraße 58, vom 7. ds. Mts., in welcher derselbe vorschlägt, das neue Stadttheater sowie ein neues Polizeigebäude auf dem von der Bederggrube, der Breitestraße, der Fischergrube und der Kupferhämmedelstraße umschlossenen Häuserblock zu errichten. Anträge wurden zu dieser Eingabe nicht gestellt.

Das Bürgerkammerwahlrecht wurde, wie wir bereits gemeldet haben, verschiedenen Lübeckischen Bürgern deshalb entzogen, weil sie für einige Quartale Steuerfreiheit genossen haben. Gegen diese Handlungsweise war von den Betroffenen Beschwerde erhoben worden, die gestern den Bürgerausschuß beschäftigte. Wir entnehmen dem amtlichen Bericht über die Verhandlung folgende Angaben: Der Vorsitzende teilte mit, daß bei ihm auf Grund des Gesetzes vom 9. August 1905, das Verfahren bei der Wahl der Mitglieder der Bürgerkammer betreffend, folgende Einsprüche gegen die vom 11. bis 18. d. Mts. zu jedermanns Einsicht ausgelegten Wählerlisten für die bevorstehenden Wahlen zur Bürgerkammer angebracht seien: 1. Eingaben von 1. Johann Koch, Dornestraße 23, vom 13. d. Mts., 2. Johann Anton Friedrich Beisefling, Marktstraße 29, vom 13. d. Mts., 3. Wilhelm Ehlers, Glanzstraße 7, vom 17. d. Mts., 4. Joachim Schwede, Segebergstraße 25, vom 17. d. Mts., 5. H. F. Hämmler, Canststraße 25, vom 18. d. Mts., 6. Gustav Böh, Engelswisch 59, vom 18. d. Mts., die sämtlich dagegen Einspruch erheben, daß ihr Name in der Wählerliste um dreiwillen ausgeschlossen ist, weil ihnen in einem der vier letzten Steuerjahre für ein oder zwei Quartale Steuererlaß gewährt ist, und um ihre Aufnahme in die Wählerliste nachsuchen, da sie während der letzten 4 Steuerjahre, wenn auch nicht alle Muten, so doch in jedem Jahre Steuer entrichtet und somit ihrer Auffassung nach der bezüglichen Vorschrift des Art. 20 der Verfassung genügt hätten. Der Bürgerausschuß beschloß, in Erwägung, daß die Worte des Art. 20 der Verfassung „alljährlich Einkommensteuer bezahlt hat“ im Sinne des Gesetzes auszuliegen sind als „die ihm für das ganze Jahr gesetzlich obliegende Einkommensteuer bezahlt hat“, diese Einsprüche als unbegründet abzuweisen. II. Ansuchen des Lotterkommandeurs Lindenbergs zu Travemünde vom 14. d. M. um Aufhebung seines Namens in die Wählerliste. Der Bürgerausschuß beschloß, dieses Ansuchen als unbegründet abzuweisen, da nach eingetragener amtlicher Auskunft der Antragsteller erst seit dem 30. April 1902 zugezogen ist und also nicht, wie es der Art. 20 der Verfassung vorschreibt, seit dem 1. April des vierten dem Jahre der Wahl vorangehenden Jahres dauernd seinen Wohnsitz im Lübeckischen Staatsgebiete gehabt hat. III. Eingabe von Carl Lütke, Gr. Engelsgrube 18, vom 17. d. M. folgenden Wortlautes: Obgleich ich seit 15. April 1885

ununterbrochen in Lübeck bin, auch mit Ausnahme meiner Militärzeit stets Steuern bezahlt habe und auch seit diesem Jahre Lübecker Bürger bin, sehe ich nicht in der Wählerliste zur Bürgerkammerwahl; wie mir mitgeteilt wurde, weil ich erst im September 1901 vom Militär entlassen sei; das trifft allerdings zu, da ich aber meiner Militärpflicht hier in Lübeck genügt habe, wird man doch wohl nicht bestreiten können, daß ich hier in Lübeck meinen Wohnsitz hatte. Nach § 9 des B. G. B. hat eine Militärperson am Garisonorte den Wohnsitz. Durch meine Militärdienstzeit und daher ist es unzulässig, mich als erst vom September 1901 hier ansässig anzusehen. Ich habe auch alljährlich Steuern bezahlt, zwar nicht für das ganze Jahr 1901, aber das wird nach dem Wortlaut des Artikels 20 der Verfassung auch nicht gefordert. Ich beantrage bei dieser Sachlage meine Eintragung in die Wählerliste verfügen zu wollen. Der Bürgerausschuß beschloß diese Eingabe abzuweisen, da der Antragsteller nicht für die volle verfassungsmäßig geforderte Zeit, nämlich seit dem 1. April des vierten dem Jahre der Wahl vorangehenden Jahres, Einkommensteuer bezahlt hat. — Die Beschwerden sind also sämtlich abgewiesen worden, obwohl bezüglich der ersten sechs Beschwerdeführer der klare Wortlaut des Gesetzes die Berechtigung der Beschwerde ergab. Man unterlegte den Bestimmungen des Gesetzes jedoch einen Sinn, der auch bei der Beratung der Bürgerkammerwahlrechtsverfechtung in der Bürgerkammer selbst niemals zum Ausdruck gekommen ist. Wohl wird durch diese sicher nicht liberale Entscheidung des Bürgerausschusses die Wahl nur wenig beeinflusst, wenn man nur die Stimmen der Beschwerdeführer in Betracht zieht. Die Erbitterung, welche der reaktionäre Standpunkt des Bürgerausschusses und die von diesem aus gefällte Entscheidung hervorrufen wird, wird jedoch für die Sozialdemokratie wirken, darauf können sich jene Herren verlassen. Allerdings hatte man eigentlich auch nicht erwarten können, daß der von der Bürgerkammer ernannte Bürgerausschuß anders handeln konnte, wie die volkstümliche Bürgerkammer.

Das Restaurant Herrenfähre, welches im Frühjahr durch Blighschlag eingedächert wurde, wird nach Meldungen hiesiger Blätter nicht wieder aufgebaut werden. Was mit dem noch stehen gebliebenen Gebäude geschehen soll, darüber verläutet nicht.

Landwirtschaftskammer. In der am 14. d. Mts. stattgehabten konstituierenden Versammlung der Landwirtschaftskammer für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck ist der Gutsherr Lauenstein-Schönböden zum Vorsitzenden, der Hofbesitzer Eggers-Dänischburg zum stellvertretenden Vorsitzenden und der Rat am Stadt- und Landamt Dr. Linde zum Sekretär der Landwirtschaftskammer erwählt worden. Das Bureau der Kammer befindet sich bis auf weiteres im Stadt- und Landamt.

Ein Streik der Maurer soll nach Meldung hiesiger bürgerlichen Blätter angeblich beim Neubau der Post ausgebrochen sein, weil ehemalige Streikende nicht um Arbeitswilligen zusammenarbeiten wollten. Uns ist über diese Arbeitseinstellung jedoch bisher nichts mitgeteilt worden.

Staatlich subventioniertes S. ad. H. A. Theater. Morgen gelangt das Lustspiel „Die ärztliche Verwandten“ von Roderich Benedix zur Aufführung. — Sonnabend findet zu kleinen Preisen die letzte Wiederholung der komischen Oper „Fra Diavolo“ statt. — Sonntag wird eine zweite große Doppelvorstellung zu einfachen Preisen arrangiert. U. a. gelangt die beliebte „Fledermaus“ zur Aufführung gemeinschaftlich mit einem dreitägigen Lustspiel. Die „Fledermaus“ ist mit Opernkräften besetzt. Wegen der Länge des Theaterabends ist der Beginn bereits auf 7 Uhr festgesetzt.

Kassale im Baugewerbe. Vor der Bauarbeiter-Schulungskommission wird uns mitgeteilt: Am letzten Sonnabend verunglückte der beim Bauunternehmer Cordts am Postneubau beschäftigte Mauerlehrling Sch. dadurch, daß ihm aus beträchtlicher Höhe ein Mauerstein auf den Kopf fiel. Sch. mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. — Am 24. Oktober zog sich der Bauarbeiter Paul, der am Heiligengeisthospital für den Mauermeister Wandke tätig war, dadurch einen Armbruch zu, daß er mit einer Leiter ausrutschte. Bemerkenswert ist, daß voraussichtlich das Unglück vermieden wäre, wenn an der betreffenden Stelle ein Gerüst angebracht gewesen wäre. Ferner sei erwähnt, daß der Unfall um 10^{1/2} Uhr morgens sich ereignete und ärztliche Hilfe erst um 12^{1/2} Uhr zur Stelle war.

Ein kleines Feuer ereignete sich gestern morgen auf Deck des im hiesigen Hafen befindlichen Dampfers „Tageta“. Dort getieten aus nicht aufgedeckter Ursache Strohumhüllungen auf Deck befindlicher Pflanzen in Brand, jedoch gelang es bald, die Flammen zu löschen.

Zugang von Mauern nach Schlutup ist fernzuhalten.

Zugang von Arbeitern und Arbeiterinnen ist fernzuhalten von der Schlutuper Fischindustrie, von Arbeitern von der Bögeschen Sägemühle in Schlutup und von der Sägemühle von Rohbran in Lauen.

Wahl (Vg.). Eine öffentliche Volks- und Gewerkschaftsversammlung findet hier am Sonnabend, abends 8^{1/2} Uhr, im „Lübecker Hof“ statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Gewerkschaftliche und politische Organisation. 2. Organisation und Agitation. 3. Verschiedenes. Referent ist Genosse J. C. Freitag-Wandke. Ein reger Besuch der Versammlung ist notwendig.

Damburg. Zu den Anträgen des bürgerlichen Ausschusses, betr. den Fortbildungsschulzwang, hat die sozialdemokratische Fraktion der Bürgerkammer mehrere Anträge gestellt, betr. die Ausdehnung des Fortbildungsschulzwanges auf die weibliche Jugend, Beschränkung der Uebergangszeit zum obligatorischen Wochentags-Tagesunterricht auf zwei Jahre und unentgeltliche Ver-

ferung der Lernmittel. — Der Ausschuh will bekanntlich zur Zeit vom Schulzwang für die weibliche Jugend Abstand genommen wissen, beantragt eine Uebergangszeit von 5 Jahren bis zum obligatorischen Tagesunterricht an Wochentagen und will die Lernmittel von den Schülern beschafft wissen. Ferner beantragt die sozialdemokratische Fraktion die Heranziehung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Verwaltung, während der Uusschuh nur die Arbeitgeber heranziehen will. — Sietelinkura, bei dem ein Mensch ist der 21 Jahre alte Sietelinkura. Gestern Nachmittag Bau des Sietel in der Marktstraße beschäftigt war, von dem zusammenstürzenden Sietel verschüttet worden. Die sofort zu Hilfe gerufene Feuerwehr hatte eine gute Stunde angestrengt zu arbeiten, bis es ihr gelang, den Verunglückten wieder an die Oberfläche zu befördern. Leider waren alle Wiederbelebungsversuche erfolglos. Bape war zwischen zwei Bohlen gedrückt und todegequiecht, ein blühendes Menschenleben vernichtet und eine Familie ihres Ernährers beraubt worden. Das Unglück soll dadurch entstanden sein, daß die Abseilung des Sietelstückes nachgab; das Material selbst soll in guter Beschaffenheit gewesen sein.

Kiel. Der von den Mauern beschlossene Entwurf eines neuen Tarifes enthält in der Hauptsache folgende Bestimmungen: Der neu zu vereinbarenden Tarif soll bis zum 31. Dezember 1907 wahren. Der Stundenlohn wird auf die Zeit bis zum 31. Dezember 1906 auf 62 Pf. festgesetzt, bei 9^{1/2} stündiger Arbeitszeit, und von da ab bis zum 31. Dezember 1907 auf 65 Pf. bei neunstündiger Arbeitszeit. In Zugesehellen sollen vorerst im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 45 Pf. bezahlt werden, vom 1. Januar 1907 ab dagegen 50 Pf., Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sollen nur in dringenden Fällen geleistet werden. Für Ueberstunden ist ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde festgesetzt, für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 15 Pf. Zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Verträge wird vorgeschlagen, eine aus je fünf Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Kommission mit einem unparteiischen Vorsitzenden zu bilden. Sobald eine Einigung nicht erfolgt, soll das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen werden. Wenn der Vertrag nicht vor dem 31. Dezember 1907 von einer der Parteien gekündigt wird, soll er für ein weiteres Jahr Gültigkeit haben. Der Vertragsentwurf ist nebst einem Begleitschreiben dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts übermittelt worden, als Grundlage für neue Verhandlungen.

Kiel. Die hiesigen Stadtkollegien lehnten Dienstag den Antrag der drei sozialdemokratischen Stadtvorordneten auf Herabsetzung des Pensums mit allen gegen die drei Stimmen der Antragsteller ab. — Nacht erfolgte ein Einbruch in der Militärabfertigungsabteilung des Hauptpostamtes. Die Diebe sollen eine beträchtliche Summe an Geld und Wertpapieren erbeutet haben.

Schleswig. Dreimal Feuer. Innerhalb ganz kurzer Frist brannte es Dienstag zum dritten Mal in größerem Umfange im Stadtteil Friedrichsberg. Zwischen 5^{1/2} und 6 Uhr kam in dem Hause des Krämers Drems, Busdorferstraße, ein Feuer zum Ausbruch, das dieses Gebäude gänzlich und das unmittelbar daranstoßende des Schuhmachers Höft zum Teil in einen Trümmerhaufen vermandelte. Bei Drems wurde nichts, bei Höft fast das gesamte Inventar gerettet. Die Entstehungsurache des Feuers ist nicht bekannt.

Lüneburg. Der Bürgermeister und Amtsanwalt Bremer-Bredstedt wurde von dem Schwurgericht von der Anklage wegen verführter Bestechung, begangen an seinem Dienstmädchen, freigesprochen.

Dahme a. d. Ostsee. Zwei Fischer wurden vom letzten orkanartigen Sturm auf der See überrascht und fast ertrunken. Das getenterte Boot trieb bei Warnemünde an.

Lüneburg. Das hiesige Schwurgericht verurteilte den 33jährigen Kutscher Max Müller aus Stangendorf in Sachsen, der den mit ihm reisenden 18jährigen Schlosser Wilhelm Silber auf der Landstraße zwischen Lützen und Lüneburg überfallen und ihm furchbare Schnittwunden am Halse beigebracht hatte, wegen Totschlagsversuchs und Raubes zu 10 Jahren Zuchthaus.

Lübecker Marktpreise vom 25. Oktober.

B. u. e. n. - S. u. r. i. e. Bld. 1,25 M., Meierei-Butter Bld. 1,40 M., Hagen Std. 2,50 M., Gärten Std. 2,50 M., Fühner Std. 1,50 M., Ruten Std. 1,50 M., Lauben Std. 0,50 M., Gänse Bld. — 70 Pf., Klügans — — M., Schweine- Bld. 0,45 M., Schinken Bld. 1,00 M., Wurst Bld. 1,20 M., Eier 7 Stück 60 Pf., Karpfen Bld. 1,10 Pf., Ger. Laas Bld. 1—2,40 M., Karaschen Bld. 80 Pf., Hecht Bld. 80 Pf., Barsch Bld. 70 Pf., Kal. Bro. 0,90 M., Aepfel, beste Grauensteiner 100 Pfd. 35 — M., Rounen 100 Pfd. 30 — M., andere Sorten 100 Pfd. 20—30 M., Pflaumen 100 Pfd. 25 M., Blumenkohl, d. Kopf 30 Pf., Gans, Rirschen, Bld. — Pf., Kohl 100 Pfd. 4 — M., Gurken Bld. — M., Zwiebeln 100 Pfd. 4 — M., Kartoffeln, beste franz., 200 Pfd. 6 — M., per 10 Liter 50 Pf., wagnun bonum 200 Pfd. 4 — M., Kartoffeln 10 Liter 40 Pf.

Steinbock-Schwarz.

Hamburg, 24. Oktober.

Der Schweinehandel verlief gut. Jugeschicht wurde 220 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: 72 1/2 — 73 M., Berlin-Schwarze, schwere — M., leicht 72 1/2 — 73 M., Frauen 67—71 M., und Gerdel 68—72 M. pro 100 Pfund.



Sunlight Seife

Wenn die Hausfrau darauf besteht, daß nur Sunlight Seife für ihre Wäsche zur Verwendung kommt, dann hat sie nie Anlaß, über vorzeitiges Abwägen des häuslichen Einkommens zu trauern! — Wenn die Wäscherin nur Sunlight Seife braucht, so hat sie nie Ursache, über aufgetriebene, schmerzende Hände zu klagen! Sunlight Seife ist konzentrierte Seife, sie löst allen Schmutz einzig und allein durch ihr ureigenes Reinigungsvermögen. Zum Waschen ist nur wenig Seife erforderlich, weil sie sich leicht über große Flächen verteilt; deshalb bedingt sie auch nur geringe körperliche Anstrengung. Sunlight Seife ist anerkannt das denkbar billigste Waschmittel. Die Fabrik übernimmt jede Garantie, daß ihr Fabrikat frei von jeglichen schädlichen Bestandteilen ist.

Unsern lieben Bruder und Schwager
Paul Bernbeck
 zum hertigen Wiegenfeste ein dreifach
 donnerndes Hoch!!! Sch. M.

H. Laßon Ww., Hebamme,
 Cronsforder Allee 31, I.
 neben Bädermeister Roos.

Für den Winterbedarf.
 Feinste Eierkartoffeln u. gelb-
 kochende Magnum bonum
 empfiehlt **W. Bollow, Endmüßte 57.**

Neue Hülsenfrüchte,
 sehr leicht brechende,
 grüne und gelbe Erbsen,
 weiße Bohnen, Linsen,
 geschälte gelbe Erbsen,
 geschälte grüne Delikatenerbsen.
 Neue Gemüse-Konserven der Firma
Charlotte Erasmii
 hält bestens empfohlen.
Oberfräule S. Ludw. Hartwig.
 Sie erhalten Lubeca-Marken.

Gesunde mehrlreiehe
Futterkartoffel
 — 200 Pfund 3,00 Mark —
 empfehlen

Spethmann & Fischer
 Tel. 102. Beckergroße 59.

**Holzschuhe,
 Holzpantoffeln**
 in allen
 Größen
 vorräthig.
Ludw. Hartwig,
 Oberstraße 8.
 Sie erhalten Lubeca-Marken.

Sargmagazin.
 Lager von Eichen- und Föhren-Särgen.
 Leichenwägen. Grabkreuze.
Witwedeck 49, Ecke Seebergstr.

Zum billigen
Uhren - Schulz
 ob. Johannisstraße 20.
 Feines Lager
 — Uhren - Ketten -
 Gold- u. Silberwaren
 gold-Trauringe, etc. etc.
 Rathenower Brillen.
 Verkauf u. Reparatur unter Garantie.

Zigarren à 5 und 6 Pfg.
 vorzügliche Qualität, große Auswahl
 empfiehlt

Hermann Kersten
 Zigarrengeschäft, 12 obere Hüßstraße 12.
 Hochfeines Lager feiner Zigaretten
 in allen Preislagen.
 Spezialität: Rist-Isis, tabaklos 2-3 Zigaretten

Die Arbeiter-Garderoben
 aus dem Spezial-Geschäft von
Ludw. Otto Albers Tel. 10.
 hat vortheilhaft gekauft durch genaue
 Anfertigung nach sehr billigen Preisen. H. M.:
 Schürzen . . . 1,50—2,25
 Mantelrocken . . . 2,50—3,75
 Schürzenrocken . . . 1,50—2,25
 Unterkleider . . . 0,80—1,25
 Strümpfe . . . 1,35—2,25
 Kleine Jacken, Hüte und große, 1,25
 Ärmel, Handschuhe, Schürzen, etc.
 Wägen aus 50 Pfg. bis 1,50 Mk.

Früher M. 120.—, jetzt M. 90.—
Flottell-Fahrräder
 alle vom 1. Pa. Material,
 2 Jahre Garantie! Preis
 inklusive Zubehör 24 bis 26 Mark. Für 2,50
 an, Schläuche 2,00, Antriebs-Rohr 2
 H. A. Hill, Fahrrad-Geschäft, Johannisstr. 9.
 Tel. 101. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120.

Kampfehlungs-Karten
 liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lbh. Volksboten

Nächster
Gratismarken-Tag:
Sonnabend, 28. Oktober.

10 Schiffeblenden 10.



10 Schiffeblenden 10.

(Zwischen je 10 Gratismarken muß sich
 eine größere Anzahl gesammelter Marken
 befinden.)

Die im Umlauf befindlichen Ge-
 rüchte, daß die grünen Rabattmarken ein-
 gehen, sind böswillig erfunden und ent-
 behren jeder Begründung.

Preußische Lose.
 Zur Hauptziehung vom 7. November bis 1. Dezember
 1905 sind noch
 zu Mk. 20 Mk. 25 Mk. 50 Mk. 100 Mk. 200
 abzugeben
Falck
 LÜBECK, Johannisstraße 10. Kgl. Lotterie-Einnehmer.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:
Ferdinand Lassalle's
» Reden und Schriften.
 Neue Gesamt-Ausgabe.
 Herausgegeben
 im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
 von **Ed. Bernstein.**
 Vollständig in 3 Bänden. Zu beziehen in 50 Lieferungen à Mk. —,20.
Bandausgabe:
 Band I: geheftet Mk. 2,50, in Leinen gebunden Mk. 3,—
 in Halbfranz gebd. (Fischhabereiband) „ 4,—
 Band II: geheftet Mk. 4,—, in Leinen gebunden „ 4,50
 in Halbfranz gebd. (Fischhabereiband) „ 5,50
 Band III: geheftet Mk. 3,50, in Leinen gebunden „ 4,—
 in Halbfranz gebd. (Fischhabereiband) „ 5,—
 Zur Herstellung der geschichtlichen Genauigkeit und des Wertes der deutschen
 Sozialdemokratie ist diese Gesamtausgabe unentbehrlich. Der erste Band ist mit einem
 Einheitswort zum Lassalle's gewidmet.

Achtung Bauarbeiter!
Mitglieder - Versammlung
 am Freitag den 27. Oktober 1905
 abends 8 1/2 Uhr
 im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Anträge hierzu.
 2. Die Arbeitseinstellungen auf einzelnen Bauten in
 letzter Zeit.
 3. Inneres.
 Der reichhaltigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen.
Der Vorstand.
 Die Mitgliederversammlung am Freitag den 3. November fällt aus.

Geschäfts-Eröffnung.
 Eröffne am heutigen Tage
Tünkenhagen Nr. 3
 eine
Schlachterei und Wurstmacherei
 Bitte mein junges Unternehmen gütigst unter-
 stützen zu wollen.
 Hochachtungsvoll
E. Hinrichs.

Große Auswahl
 in
**Herren-, Damen- und
 Kinder-Unterzeugen.**
Strümpfe u. Socken
 in Wolle und Baumwolle
 in den verschiedensten Preislagen.
 Bequem und haltbare
— Korsetts —
 zu den billigsten Preisen.
 Herren-Hosenträger aus haltbarem Ma-
 terial und gut gearbeitet, Stütze 75 Pfg
J. Glück, Reiferstraße

Im
Lokalverband der Zimmerleute
 Lübeck
 werden neue Mitglieder beim Kassierer
J. Grube, Bleicherstraße 17a, aufge-
 nommen. Der Vorstand.

Achtung Maurer!
 Am Freitag den 27. Oktober
 abends 8 Uhr
Bandelegierten - Sitzung
 im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52
 Der Vorstand

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
 der Zimmerer.**

Der Sammlung
 am Freitag den 27. Oktober
 abends 8 1/2 Uhr
 bei Johs. Mohr, Hundestraße 101.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 2. und 3. Quartal.
 2. Bericht des Vorstandes.
 Der Vorstand.

Sterbekasse 'Fidelitas'
 für Männer und Frauen.

Außerordentliche
General-Versammlung
 am Montag den 30. Oktober
 abends 9 Uhr
 in den Zentral-Hallen (W. Borgwardt).
 Tages-Ordnung:
 Abänderung der §§ 2 u. 25 des Statuts.
 Der Vorstand.

Einladung zum
BALL
 der Löpfer Lübeck's
 am Freitag den 27. Oktbr. 1905
 in Hasse's Gesellschaftshaus,
 Johannisstraße 25.
 Anfang 7 Uhr. Ende 2 Uhr.
 Eintritt für Herren 50 Pfg. Damen frei.
 Das Komitee.

Panorama
 Breitestraße 53, 1. Stg.
 Diese Woche ausgestellt:
Tirol
 von St. Anton bis zum Bodensee.

Stadthallen-Theater.
 Freitag den 27. Oktober, 8 Uhr.
 24. Vorstellung. 21. Abonn.-Vorst.
Die zärtlichen Verwandten.
 Lustspiel in 3 Akten von Benedix.
 Sonnabend: Kleine Preise.
 Fra Diavolo.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik 'Lokal und Hochburg' sowie der mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen: **Paul Böhmig**. Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik 'Lokal und Hochburg' sowie die mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen: **Paul Böhmig**. Druck: **König & Gensch**. — Druck von **Friedr. Meier & Co.** — Gedruckt in Lübeck.

Für unsere Frauen.

Teurer Lohn — teures Brot.

K. Noch einige Monate, und die neuen Handelsverträge treten in Kraft, die auf Grund jenes Wuchertarifs abgeschlossen wurden, der in der berühmten Abenimwoche des Jahres 1902 im Reichstag durchgedrückt wurde. Daß diese Verträge für die große Masse der Minderbemittelten Jammer, Hunger und Elend bringen werden, steht fest. Ihre Wirkung wird sich um so schlimmer fühlbar machen, als wir schon jetzt unter einer harten Lebensmittelpreiserhöhung leiden. Heute heißt es für die Arbeiterschaft: Tue Geld in deinen Beutel. Fast alle Lebensmittel sind im Preise gestiegen. Vor allen Dingen aber die Fleischpreise. Sie sind derzeit in die Höhe geschraubt, daß es der arbeitenden Klasse immer unmöglicher gemacht wird, ein Stückchen Fleisch auf den Tisch zu bringen. Vergleichen wir die Lebensmittel- und besonders die Fleischpreise aus der „guten alten Zeit“ mit den jetzigen Preisen, so erkennt man, daß ganz systematisch Unterernährung der breiten Volksmasse herbeigeführt worden ist.

Am besten ist die Verteuerung des Lebensunterhaltes aus einer Tabelle zu ersehen, die die Arbeitsmarkt-Korrespondenz unter Zugrundelegung der niedrigsten Marktpreispreise veröffentlicht. Danach sind die Haushaltungskosten für eine vierköpfige Arbeiterfamilie von 1900 bis 1904 im 44.10 M. gestiegen. Zwei Kinder sind bei dieser Berechnung gleich einem Erwachsenen gezählt. Dabei ist die Verpflegung eines deutschen Marineoldaten als Maßstab genommen worden. Nach diesem Maßstab ergibt sich, daß die Ernährungskosten einer vierköpfigen Arbeiterfamilie, gleich drei Erwachsenen, betragen:

	1900	1901	1902	1903	1904
pro Woche	20,44	20,56	20,72	21,15	21,29

Es dürfte nach dieser Aufstellung für jeden verständlich sein, daß die Lebensmittelpreise rapid gestiegen sind. Und sie sind im Jahre 1905 weiter gestiegen. Die Steigerung der Fleischpreise ist groß zu ersehen aus einer Angabe aus Obersachsen. Danach kostete ein Kilogramm Schweinefleisch im Deutschen Reich im Juli 1905 1,46 M., im Juli 1904 1,04 M., im Juli 1903 1,03 M., im Juli 1902 1,00 M., im Juli 1901 1,00 M., im Juli 1900 1,00 M.

Selbst die Kartoffeln, die in diesem Jahre eine gute Ernte versprechen, sollen nach dem Vorschlag des Herrn Schulz-Walkow in der „Deutschen Tageszeitung“ dem Rasen entzogen werden und als Viehfutter Verwendung finden. Damit der Kartoffelpreis wieder steigt, so daß das Volk nicht einmal den Frost hätte, daß es sich an Kartoffeln wärmen kann, nachdem Brot und Fleisch künstlich verteuert worden sind, für wenig Geld satt essen kann.

Diesen enormen Teuerungsraten gegenüber stehen die Arbeiterlöhne in gar keinem Verhältnis; sie haben mit der Teuerung nicht gleichen Schritt gehalten, denn es ist nur allzu bekannt, daß ein großer Prozentsatz der Arbeiter nur ein Jahreslohn von 600 bis 700 M. erreicht, daß dabei in diesen meist mit Kindern reich gesegneten Familien Schmalhans Küchermesser spielen muß, daß die Unterernährung zur Regel werden muß und damit für Krankheit und Elend Tür und Tor geöffnet ist, das ist so logisch wie 2 x 2 = 4.

Doch hiermit ist die Gefahr, die der Arbeiterklasse aus der heute bestehenden Position droht, noch nicht zu Ende. Die Handelsverträge, die von 1906 bis 1917 gelten sollen, bringen neben der sehr merkbaren Verteuerung der Lebenshaltung für die nicht mit Glücksgütern gesegneten Volksklassen noch eine Verminderung der Arbeitslohngelegenheit mit sich. Schon jetzt sieht man, wie einzelne Unternehmer, um den Profit zu vergrößern, den Weg zu gehen, bündeln sich, ihre Fabriken aus Deutschland's Grenzen in das Ausland zu verlegen; das bedeutet aber eine schwere Schädigung der deutschen Arbeiter. Es bedeutet ferner, daß künftige Verminderter Arbeitslohngelegenheit der Männer noch weit mehr die Frauen

auf den Arbeitsmarkt gedrängt werden, um in Industrie und Landwirtschaft für lange Zeitelpennige das Joch der Lohnklaverei auf sich zu nehmen, oder um als Hausindustrielle bei vielstündiger Arbeitszeit ihre Jugenkraft und Jugendlust dem dreimal heiligen Gelbde zu opfern.

Durch solche unglückliche Ausbeutung wird nicht nur der weibliche Organismus schwer geschädigt, sondern auch die spätere Generation wird dadurch zugrunde gerichtet. Wir brauchen nur die amtlichen Statistiken zur Hand zu nehmen, dann entrollt sich uns ein Bild der Degeneration, der Sänglingssterblichkeit usw., wie wir es nicht schriftlicher zeichnen könnten.

Doch noch eine andere Erscheinung tritt als Folge der ungleichen Verteilung der Arbeitskraft sowie der Unterernährung der breiten Volksmassen ein. Durch statistische Aufnahmen ist festgestellt, daß der wirtschaftlich niedrig stehende am meisten dem Alkohol f. d. T. um den Inurenenden Magen, allerdings zu seinem eigenen Nachteil, zu lächeln. Es ist bewiesen, daß recht oft das Elend als Förderin der Alkoholvergiftung auftritt. Dem stehenden Wohlstand und von einer gesicherten Existenz der Arbeiter, wovon man in den höheren Regionen spricht, ist selbst mittels Königerfragen nichts zu entdecken.

Aus all den geschilderten Tatsachen geht zur Genüge hervor, daß die Politik nicht halt macht vor dem Reich und dem Epitaphium der Hausfrau. Jene Frauen, die noch in dem Glanze des Jenseits sind, Politik sei eine ausschließliche Männerangelegenheit und eigentlich auch eine Sache, die den Arbeiter nicht zu kümmern brauche, da sie ihm doch keinen Pfennig mehr Lohn bringe, ihm im Gegenteil Verlust an Bekleidungskosten und Veranlagungskosten abnehme. Die Frauen können sich auf die Lage des einzelnen Arbeiters, auf den Stand seiner Ernährung, auf seinen Wohlstand und auf seine Fleischzufuhr nicht kümmern. Eine Änderung unserer Politik, und der Arbeiter kann sich besser nähren als heute oder gar erst vom 1. März 1906 an, unter den neuen Handelsverträgen. Mögen sie daraus die Erkenntnis ziehen, daß Politik eine sehr ernste, notwendige Sache ist, mögen sie ihre Männer nicht von der Politik — ebenso natürlich nicht von der gewerkschaftlichen — Bewegung fernhalten lassen, sondern im Gegenteil sich bestreben, in die Gänge der Politik einzudringen, selbst Kämpferinnen für eine bessere Zukunft zu werden. Ihre Kinder werden ihnen einst danken.

Unzufriedene Charzmaier.

Unzufriedene Charzmaier. Bekannt ist, daß die Forderungen der Arbeitgeberverbände darauf gerichtet ist, die sich „unzufrieden“ gemachten Arbeiter aus den Betrieben auszumerzen, wie überhaupt alle selbständige Regierung der Arbeiter mit Gewalttätigkeiten niederzuschlagen. Der Arbeitgeberverband für Hagen i. W. geht aber noch einen Schritt weiter. Er nimmt sich rühmlich heraus, auch über den ersten Bürgermeister und den Gewerbetreibenden eine Konsultation zu führen und jede Meinungsäußerung derselben seinen Mitglieðern zur Kenntnis zu bringen. Die Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes befindet sich rühmlich seinerzeit, wie unser Silberfelder Parteiorgan mitteilt, an seine Mitglieder nachfolgendes Schreiben:

Hagen, 30. Mai 1905.

Wir beehren uns, Ihnen nachstehend einen Auszug aus dem Protokoll der gestrigen Sitzung des Ausschusses zur 9. K. Kenntnisnahme zu unterbreiten.

Zu Punkt 4: Nach längerer Diskussion wird festgestellt, daß über den von dem Herrn ersten Bürgermeister Cuno gehaltenen Vortrag über Arbeitsvertrag in der Gesellschaft für Soziale Reform am 11. April d. J. und den daran

anknüpfenden Ausführungen des Herrn Gewerberat Clausen unter den Arbeitgebern große Unzufriedenheit entstanden ist.

Es wird jedoch von bestimmten Schritten dagegen abgesehen.

Die Geschäftsstelle. Der Herr Bürgermeister und der Herr Gewerberat sind damals also noch verhältnismäßig gnädig davongelommen, indem die Herren vom Ausschuss des Arbeitgeberverbandes gütlich von „bestimmten Schritten“ gegen sie abgesehen haben. Ob diese „Maßnahmen“ auch noch fernherhin erhalten wird, erscheint sehr fraglich. Allerdings können die Herren vom Arbeitgeberverband dem Bürgermeister so wenig als dem Gewerberat ohne weiteres wegen „sicheren und ungebührlichen Benehmens und wegen Abhaltung von Versammlungen“ entlassen, wie es nach einem streng vertraulichen Schreiben des Unternehmerverbandes vom 6. Oktober d. J. einem Arbeiter B. von Gebelberg ergangen ist. Es wäre jedenfalls interessant, zu erfahren, welche Schritte die Herren vom Arbeitgeberverband denn eigentlich gegen die genannten beiden Beamten (event. einschüßigen) gedenken. Etwa eine Denunziation bei der Regierung durch Vermittlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller? Hat der Arbeitgeberverband auf diesem Gebiete bereits Erfolge erzielt? Das ist eine Frage, deren Beantwortung gar nicht so weit von der Hand liegt, wenn man beachtet, welches inniges Verhältnis zwischen dem genannten Zentralverband und der Regierung besteht. Es ist auch nicht gut anzunehmen, daß die Herren vom Arbeitgeberverband mit leeren Drohungen operieren.

Der Arbeiter-Radfahrerclub „Solidarität“, Sitz Frankfurt a. M., dient den Zwecken der Sozialdemokratie. So hat das preussische Oberverwaltungsgericht am 20. Oktober entschieden, indem es den Vorstand des Bundes angehörenden Berliner Arbeiter-Radfahrer-vereins für verpflichtet erachtete, die Statuten und ein Mitgliedsverzeichnis dieses Vereins der Polizei gemäß § 2 des preussischen Vereinsgesetzes einzureichen. Der Berliner Polizeipräsident hatte eine entsprechende Aufforderung an den Vorsitzenden Ritter vom Berliner Verein gerichtet, wegen Ritter nach vorgebllicher Verletzung und Willkür vertrat den Standpunkt, daß der Arbeiter-Radfahrerclub „Solidarität“ den Zwecken der sozialdemokratischen Partei diene, namentlich bei der Wahlarbeit, und daß dies demgemäß auch auf die einzelnen Vereine zutraf, die zum Bunde gehörten. Es sei somit als Zweck eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes anzunehmen. Unter anderem bezog sich der Oberpräsident besonders auf eine Anzahl Artikel im Bundesorgan, dem „Arbeiter-Radfahrer“, sowie auf ein Flugblatt, das vom Gauwart C. Fischer, dem Vorsitzenden des Gauverbandes Brandenburg des Bundes, als Verleger und Redakteur bezeichnet ist und der Agitation für den Bund diene. Die Artikel im „Arbeiter-Radfahrer“, die herangezogen wurden, beziehen sich auf alle auf die Wahlarbeit der Arbeiter-Radfahrer zugewiesenen Arbeiterkandidaten für den Reichstag usw. — Vor dem Oberverwaltungsgericht wurde der Reger Ritter am 20. Oktober durch den Rechtsanwalt Dr. Carl Biedert vertreten. Er legte dar, daß dem Berliner Arbeiter-Radfahrerclub, der ein selbständiger Verein sei, nicht die geringste Belästigung nach der Richtung einer Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten nachgewiesen sei. Ein solcher Beweis müßte aber auch verneint werden, selbst wenn man den einzelnen, dem Bunde angehörenden Verein für Handlungen der Bundeszentrale verantwortlich machen könnte, denn auch dem Bunde als solchen beziehungsweise seiner Vertretung sei nicht die Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten als Zweck nachzuweisen. In eingehenden Ausführungen legte der Anwalt dies näher dar, wobei er betonte, daß vom Bunde und den Bundesvereinen eine politische Tätigkeit geradezu abgesehen werde. Wenn nun, führte er unter anderem weiter aus, im

Gold!

Ein kalifornisches Lebensbild.
Von Friedrich Gerstädt.

(60. Fortsetzung.)

„Das ist der wahre Name!“ schrie da ein langer Rentier, der auf einen andern Tisch sprang und ohne Weiteres die Rede des Präsidenten unterbrach. — „Caro, politische Banditen! England hat bis jetzt keine Verbrecher nach den australischen Kolonien geschickt, aber die Australier wollen sich das nicht länger gefallen lassen, und nun soll Kalifornien der Blech werden, auf den sie ihre Gefängnisse auskühlen. Jungens, das leiden wir nicht — verdammt mich, wenn nicht erst in voriger Woche eine ganze Ladung von solchem Gesindel von Votary's Bot herübergeschafft ist, und die ist in die Regierung in San Francisco schwach genug gewesen an Sand zu lassen. Wenn sie dort aber Schlafmützen zu Richtern haben, so brauchen wir uns das hier in den Minen nicht ebenso gefallen zu lassen. Wir sind freie Männer — unsere Vordäter haben ihr Blut dafür vergossen, daß wir —“

„Hip — hip — hip hurrah!“ unterbrach ihn wieder in wildem Jauchzen die Menge.

„daß wir unsere Freiheit bewahren sollen,“ schrie aber der Rentier durch das Lachen durch, „und wir wollen doch einmal sehen, ob wir uns das Gefindel, diese mexikanischen, englischen und irischen Verbrecher, nicht vom Hals halten können!“

„Bravo, Jim, Hurrah, mein Junge, give it to them!“ jabelten die warm Gewordenen, die indessen auch dem Brandy tüchtig zugesprochen. „Wir wollen ein Komitee wählen und morgen früh die ganze Bande zu den Minen hincinschicken.“

„Gentlemen!“ rief da Hale, der bis jetzt ein stiller,

aber aufmerksamer Zeuge des Ganzen gewesen war — „wollen Sie mir ein Wort erlauben?“

„Ja wohl, Hale — stump it, old fellow! Hinauf auf den Tisch — Ihr seid ein ganzer Keil und von richtig amerikanischem Blut!“ rief es von verschiedenen Seiten.

„Dank Euch,“ sagte Hale, indem er von der erlangten Erlaubnis Gebrauch machte und den Tisch bestieg, den der letzte Sprecher eben geräumt hatte, um einmal hinüber zum Scheitstand zu gehen und seine treuen gewordenen Knechte anzurufen. — „Wenn Ihr mich also meine Meinung frei wolle sagen lassen, so kann ich Euch nur bemerken, daß Ihr hier — Ihr Bürger der Vereinigten Staaten — Skandal geruch macht, das muß Euch der Teufel lüsten, aber ganz entschieden unter einem solchen Baume best — wie wir bei uns zu Hause sagen.“

„Hallo, Hale, was ist nun im Wind?“ rief einer aus der Schaar.

„Aha, mein Bursche,“ antwortete der Sheriff aber, ohne sich im mindesten einschüchtern zu lassen. „Ihr wollt das Kind mit dem Bade ausschütten und habt dazu weder das Recht, noch die Macht. Wir wissen auch noch gar nicht, von wem der Rord eigentlich verübt ist, von einem Engländer, Mexikaner oder gar Amerikaner selber.“

„Oh, hol's der Teufel, Hale!“ schrie da Briars, „die Amerikaner schreiben einander die Hälse nicht ab, und Ihr solltet gerade der letzte sein, der den Fremden das Wort redet. Das Blut, das unsere Vordäter —“

„Oh, bleibt mir mit der alten Geschichte vom Teufel,“ unterbrach ihn aber ungeduldig der Sheriff. „Ich halte so viel von meinem Vaterlande wie irgend ein Anderer, aber ich denke, es ist unnötig, die alten Lagen immer wieder aufzuwärmen, um uns zu neuen anzuspornen; wir wissen auch ohnehin, was wir zu tun haben. Geht mir deshalb die Beweise, daß ein Fremder diesen Rord verübt habe, und seht, ob ich nicht mein eigenes Leben daran setze, den Schuldigen anzuspüren und an den Strick zu bringen. Bis wir

aber nicht wissen, ob wir nicht den Verbrecher unter unseren eigenen Landsleuten zu suchen haben, dürfen wir den Rord den Fremden nicht aufbürden, wir wären sonst der Ehre unwürdig, freie Amerikaner zu heißen.“

„Aber die Votary's Gesellschaft, die hier nach Kalifornien gekommen ist!“ rief der Rentier wieder.

„Mag sich hüten,“ daß wir sie hier auf keinen faulen Pferde erwischen,“ entgegnete ruhig der Sheriff, „sonst möchten wir verunsichert wenig Umstände mit ihnen machen. Aber erwischen müssen wir sie erst, ehe wir sie bestrafen können, denn ich hoffe doch nicht, daß Einer hier unter Euch ist, der einen Unschuldigen das möchte lüßen lassen, was ein Anderer begangen hat.“

„Gentlemen,“ rief da eine Stimme aus der Menge, „wollen Sie mir einmal das Wort zu einem vorläufigen Vorschlag erlauben?“

„Wenn es ein vernünftiger ist, gewiß,“ sagte Hale, „denn vernünftige haben wir gerade genug gehört.“

„Schön,“ sagte Siffly, der eben gelprochen hatte, indem er Boncho und Gut auf die Lehne desselben Stuhles warf, auf den er jetzt selber trat, „ich werde Sie auch nicht lange befehligen. Sie werden mir zugeben, Gentlemen, daß es, bis wir nicht weitere Tatsachen haben, ein sehr unangenehmes Geschäft ist, hier in dem Zeite zu beraten, wer den Rord an jenem Unglücklichen verübt hat, ein Fremder oder Amerikaner. Die allgemeine Stimme, die sich seitdem irt, spricht die Tat allerdings den Fremden zu, und mit den Beweisen, die wir in den Nachbarn gegen Mexikaner und Votary's-Burschen gemacht haben, zweifle ich selber keinen Augenblick daran, auf wen ich die Schuld zuwälzen habe.“

„Bravo! Bravo!“ rief es ihm von verschiedenen Seiten zu.

„Wir selber,“ fuhr aber der Sheriff fort, ohne weiter darauf zu achten, „befinden uns hier in der unangenehmen Lage, keinen gesetzlichen Schritt gegen den Einen oder

